

Beschlußempfehlung und Bericht

des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit (20. Ausschuß)

a) zum Antrag der Fraktion der SPD
— Drucksache 11/6734 —

b) zum Antrag der Fraktion der CDU/CSU und der Fraktion der FDP
— Drucksache 11/7060 —

Entwicklungszusammenarbeit mit Vietnam

A. Problem

Der Reformkurs Vietnams zu einer freieren Gesellschaft mit marktwirtschaftlichem System nach 15 Jahren Zentralwirtschaft muß durch entwicklungspolitische Zusammenarbeit unterstützt werden. Die vietnamesischen Altschulden gegenüber der Bundesrepublik Deutschland dürfen kein Hindernis darstellen.

B. Lösung

Aufforderung an die Bundesregierung, die entwicklungspolitische Zusammenarbeit mit Vietnam umgehend wiederaufzunehmen. Ein Schuldenerlaß soll durchgeführt werden.

**Einstimmigkeit im Ausschuß bei Abwesenheit der Fraktion
DIE GRÜNEN**

C. Alternativen

Die ursprünglichen Anträge der Fraktion der SPD und der Fraktionen der CDU/CSU und der FDP

D. Kosten

Abhängig von den Maßnahmen der Bundesregierung

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen:

A.

Der Antrag — Drucksache 11/7060 — wird in folgender veränderter Form angenommen:

Vietnam befindet sich mitten in dem schwierigen Umbau von einer völlig zentral verwalteten Planwirtschaft in eine freiere Gesellschaft mit marktwirtschaftlichem System. Die Preise wurden freigegeben, die Landwirtschaft in Ansätzen privatisiert, die Unternehmensreform begonnen, der Außenwert der Währung angepaßt. Das Budgetdefizit wurde verringert, die Inflation ist gebändigt.

Dennoch können die enormen Fehlentwicklungen unter sozialistischer Zentralplanwirtschaft nur allmählich überwunden werden. Vietnam bleibt einer der ärmsten Staaten der Erde. Die materielle Infrastruktur ist in katastrophalem Zustand, die Industriebetriebe sind völlig veraltet, die Arbeitslosenziffer sehr hoch, das Bildungssystem droht zusammenzuberechen. Angesichts des niedrigen Entwicklungsniveaus des Landes kann die Anlauffinanzierung für die dringend erforderliche Strukturanpassung nicht aus eigenen Kräften erfolgen. Nur wenn der Reformkurs durchgehalten wird und spürbar positive wirtschaftliche Ergebnisse bringt, kann die weiterbestehende Fluchtbewegung angehalten werden.

Daher soll die Kooperation mit den Industrieländern und den internationalen Finanzinstitutionen nunmehr möglichst schnell die anfänglichen Engpässe zum Aufbau Vietnams beseitigen helfen.

1. Der Deutsche Bundestag begrüßt,
 - 1.1 daß die vietnamesische Regierung durch den Rückzug ihrer Truppen aus Kambodscha zur Lösung der politischen Konflikte in Südostasien beigetragen hat;
 - 1.2 daß die vietnamesische Regierung sich bemüht, die Menschenrechtslage zu verbessern;
 - 1.3 daß die Bundesregierung diese positiven Veränderungen bereits durch Förderung von Vorhaben der Nichtregierungsorganisationen in Vietnam honoriert.
2. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,
 - 2.1 die staatliche Entwicklungszusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sozialistischen Republik Vietnam im Sinne einer grundbedürfnisorientierten, menschenwürdigen Entwicklung umgehend wiederaufzunehmen, und die bis Ende 1987 erfolgten Zusagen in der bilateralen finanziellen und Technischen Zusammenarbeit zu erneuern. Dringliche Sofortmaßnahmen sind

- Maßnahmen zur Erhöhung der Nahrungsmittelqualität und zur Vermeidung der Nachernteverluste,
 - Maßnahmen zur Schaffung eines funktionierenden Bankenwesens und einer effizienten Finanzverwaltung,
 - berufliche Bildung,
 - Beratungsdienste für die vietnamesische Wirtschaft,
 - Beratung über die Funktionsweise des Ordnungsmodells der sozial und ökologisch verpflichteten Marktwirtschaft;
- 2.2 die Finanzielle Zusammenarbeit aufzunehmen und als Voraussetzung dafür, einen Schuldenerlaß durchzuführen;
- 2.3 bei der Finanziellen Zusammenarbeit die Wiederherstellung der Verkehrsinfrastruktur und dabei besonders der Schiffsanlagen anzustreben;
- 2.4 wieder Hermes-Bürgschaften zu gewähren.
- 2.5 Die Bundesregierung wird darüber hinaus aufgefordert, Kooperationsprojekte deutscher nichtstaatlicher Trägerorganisationen, die Qualifizierung von vietnamesischem Personal für die fachliche Stützung der Reformbestrebungen, insbesondere Projekte der Armutsbekämpfung durch Selbsthilfe, der ländlichen Entwicklung und Ernährungssicherung sowie die informelle Produktion in Handel, Handwerk und Gewerbe zu fördern.
3. Da die DDR ihr hohes Engagement für Vietnam nicht aufrechterhalten kann, soll die Bundesregierung prüfen, welche Vorhaben gemeinsam fortgeführt werden können. In den Bereichen Land- und Forstwirtschaft, Handwerksförderung und berufliche Bildung sollten Projekte der DDR unmittelbar und unter Ausrichtung auf die wirtschaftlichen Reformziele fortgesetzt werden. Die hohe Bereitschaft der Vietnamesen zum Erlernen der deutschen Sprache sollte anerkannt und die große Zahl deutschsprachiger Fachkräfte genutzt werden.
4. Der Deutsche Bundestag fordert die vietnamesische Regierung auf,
- 4.1 den Nichtregierungsorganisationen die Freiräume zuzugestehen, die für eine wirksame Entwicklungszusammenarbeit mit der vietnamesischen Bevölkerung und ihren Selbsthilfeorganisationen erforderlich sind;
 - 4.2 am Reformkurs festzuhalten und diesen bis hinunter zu den Parteikadern in der Provinz durchzusetzen;
 - 4.3 an der weiteren Verbesserung der Menschenrechtslage zu arbeiten und den Besuch unabhängiger Menschenrechtskommissionen zuzulassen.

B.

Der Antrag — Drucksache 11/6734 — wird für erledigt erklärt.

Bonn, den 19. September 1990

Der Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit**Dr. Holtz****Dr. Pinger****Schanz**

Vorsitzender

Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Dr. Pinger, Schanz

I.

Der Deutsche Bundestag überwies in seiner 210. Sitzung am 10. Mai 1990 den Antrag der Fraktion der SPD (Drucksache 11/6734 vom 16. März 1990) sowie den Antrag der Fraktion der CDU/CSU und der Fraktion der FDP (Drucksache 11/7060 vom 4. Mai 1990) „Entwicklungszusammenarbeit mit Vietnam“ zur federführenden Beratung an den Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit und zur Mitberatung an den Auswärtigen Ausschuß, Finanzausschuß, Ausschuß für Wirtschaft und Ausschuß für Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung.

Der Ausschuß für Wirtschaft und der Finanzausschuß haben den Antrag der Fraktion der SPD — Drucksache 11/3734 — zur Ablehnung und den Antrag der Fraktion der CDU/CSU und FDP — Drucksache 11/7060 — zur Annahme empfohlen.

Der Ausschuß für Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung hat auf die Mitberatung der Anträge wegen fehlender forschungs- und technologiepolitischer Sachverhalte verzichtet.

Der Auswärtige Ausschuß hat in seiner 73. Sitzung am 20. Juni 1990 dem federführenden Ausschuß auf der Grundlage des Koalitionsantrags folgende Beschlussempfehlung einstimmig empfohlen:

„Vietnam befindet sich mitten in dem schwierigen Umbau ...

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Der Deutsche Bundestag begrüßt,

1.1

1.2

1.3

2. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

2.1 Die staatliche Entwicklungszusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sozialistischen Republik Vietnam ist im Sinne einer grundbedürfnisorientierten, menschenwürdigen Entwicklung umgehend wiederaufzunehmen, und die bis Ende 1987 erfolgten Zusagen in der bilateralen finanziellen und Technischen Zusammenarbeit sind zu erneuern. Dringliche Sofortmaßnahmen sind

—
—
—
—
—

2.2

2.3

2.4

2.5 Die Bundesregierung wird darüber hinaus aufgefordert, Kooperationsprojekte deutscher nicht-staatlicher Trägerorganisationen, die Qualifizierung von vietnamesischem Personal für die fachliche Stützung der Reformbestrebungen, insbesondere Projekte der Armutsbekämpfung durch Selbsthilfe, der ländlichen Entwicklung und Ernährungssicherung sowie die informelle Produktion in Handel, Handwerk und Gewerbe zu fördern.

3.

4.

4.1

4.2

4.3

4.4

Der Antrag der Fraktion der SPD — Drucksache 11/6734 — ist hiermit im übrigen für erledigt erklärt.“

In der 76. Sitzung des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit legten die Fraktionen der SPD, der CDU/CSU und der FDP eine gemeinsame Beschlussempfehlung vor, die mit Ausnahme von Punkt 2.2 dem Vorschlag des Auswärtigen Ausschusses entspricht. Sie wurde in Abwesenheit der Fraktion DIE GRÜNEN einstimmig angenommen.

II.

Der erledigte Antrag der Fraktion der SPD (Drucksache 11/6734) fordert die Wiederaufnahme der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit der Bundesrepublik Deutschland mit Vietnam, den Erlaß der Altschulden Vietnams nach Prüfung und die Gewährung von Hermes-Bürgschaften für entwicklungspolitisch wichtige private Investitionen.

Außerdem soll die Bundesregierung Projekte deutscher Nichtregierungsorganisationen fördern, die Qualifizierung vietnamesischer Personen für die Unterstützung der Reformbestrebungen sowie Projekte der Armutsbekämpfung, der ländlichen Entwicklung und Ernährungssicherung fördern.

Der Antrag der Fraktion der CDU/CSU und der Fraktion der FDP (Drucksache 11/7060) zielt in den wesentlichen Forderungen in dieselbe Richtung wie der Antrag der Fraktion der SPD. Darüber hinaus soll die Bundesregierung prüfen, ob sie Vorhaben, welche die DDR in Vietnam begonnen hat, fortführen kann.

Außerdem soll Vietnam ein Kulturabkommen abschließen, den Nichtregierungsorganisationen Frei-

räume zugestehen, am Reformkurs festhalten, an der weiteren Verbesserung der Menschenrechtslage arbeiten sowie den Besuch unabhängiger Menschenrechtskommissionen zulassen.

Bonn, den 19. September 1990

Dr. Pinger Schanz

Berichterstatter

